

aktuell

Europa braucht Stabilität

**Regulierung der Finanzmärkte und
europaweite Finanztransaktionssteuer**



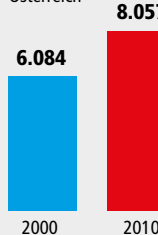
Die Europäische Union ist mehr als nur der Zusammenschluss von Staaten, sie ist mehr als 27 Länder, die gemeinsam eine Landfläche von 4.324.782 km² aufweisen. Die EU ist Friedensprojekt, sie ist Wirtschafts- und Währungsunion. Und sie ist vor allem eines: ein Zukunftsprojekt, dessen vorrangiges Ziel es ist, Sicherheit und Stabilität in Europa zu gewährleisten. Um dafür müssen die einzelnen Länder – wie der Leitsatz „In Vielfalt geeint“ deutlich macht – Solidarität mit jenen Ländern zeigen, die auf Hilfe angewiesen sind. Aber auch die finanziell ins Straucheln geratenen Länder müssen Eigenverantwortung beweisen. Solidarität und Eigenverantwortung – beides ist jetzt mehr denn je gefragt, gilt es doch, gesamteuropäische Wege zur Stabilisierung der Gemeinschaftswährung und zur Rettung Griechenlands zu finden. S. 4

Solidarität und Hilfe – das braucht es auch im Straßenverkehr. Mit der Rettungsgasse, die ab 1.1.2012 verpflichtend wird, können Einsatzfahrzeuge in Stausituationen rascher zum Unfallort gelangen. Eine Maßnahme, die Leben rettet – denn im Notfall zählt jede Sekunde. S. 6

Eure Redaktion

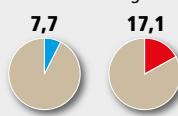
Kinderbetreuung

Zahl der Betreuungseinrichtungen in Österreich

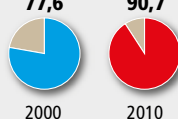


Quelle: APA/STAT/ÖIF | Grafik: SPÖ

Betreuungsquoten in % unter 3-Jährige



3- bis 5-Jährige



Österreich braucht flächendeckende Kinderbetreuung

Die Zahl der Kinderbetreuungseinrichtungen und die Betreuungsquote ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Eine erfreuliche Entwicklung; denn flächendeckende Kinderbetreuung ist notwendig, damit junge Frauen und Männer Familie und Beruf besser vereinbaren können. Aufholbedarf hat Österreich allerdings noch bei den Unter-Drei-Jährigen. Daher ist es umso wichtiger, dass die Finanzierung des weiteren Ausbaus der Kinderbetreuung – auch für die Unter-Drei-Jährigen gesichert wurde. ♦



Herzenberger

Gesundheitsminister Alois Stöger will die bestmögliche Sicherheit für Patientinnen und Patienten, vor allem von Minderjährigen.

Strengere Regeln für Schönheits-OPs

Immer mehr Jugendliche wollen sich einer Schönheits-OP unterziehen. Gesundheitsminister Alois Stöger will sie mit einem neuen Gesetz besser vor riskanten Eingriffen schützen.

Verpflichtende psychologische Beratung und umfassende Aufklärung sollen dazu beitragen, das „Geschäft mit der Schönheit“ mit Jugendlichen zu erschweren. Medizinisch nicht notwendige Operationen von unter 14-Jährigen will der Minister ganz verbieten. Unterstützend werden auch Werbungen für Schönheits-OPs verboten. Denn diese sind riskant – unter anderem deshalb, weil die Berufsbezeichnung „Schönheits-Chirurg“ nicht geschützt ist und sich jeder Arzt als solcher bezeichnen darf. Das wird sich ändern: „Es wird genau definiert, wer sich Schönheits-Chirurg nennen darf und welche Ausbildung dafür vorliegen muss“, erklärt Stöger. Das entsprechende Gesetz geht noch heuer in Begutachtung. ♦

Zitat der Woche

„Es gibt keine gerechte Gesellschaft ohne Arbeit, von der man leben kann.“

Bundeskanzler Werner Faymann



Michael Rosecker, Historiker und Mitarbeiter des Dr.-Karl-Renner-Instituts hat uns einen spannenden Gastkommentar zum Thema Kommunalpolitik und politische Partizipation zur Verfügung gestellt. Seite 14

WERNER FAYMANN AUF FACEBOOK

Dein direkter Kontakt zum Bundeskanzler!

jetzt vernetzen!

facebook.com/bundestkanzlerfaymann



FRAUEN

Zwangsverheiratung auch im Ausland strafbar

Erfolg für eine Initiative von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek: Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung sind in Österreich künftig auch dann strafbar, wenn sie im Ausland begangen wurden und dort straffrei sind. Eine entsprechende Novelle im Strafbuch hat der Ministerrat beschlossen. Für SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm und Bundesfrauengeschäftsführerin

Andrea Mautz „ein großer Verhandlungserfolg für die Frauenministerin“. Zur Bekämpfung von Zwangsarbeit sollen außerdem Berufsgruppen, die mit diesem Thema in Kontakt kommen – Lehrer, Sozialarbeiter, Familienrichter, Betreuer in Jugendeinrichtungen – speziell geschult werden. Außerdem sollen Notwohnungen für Betroffene eingerichtet werden. ♦



Fotolia

Zwangsverheiratungen sind in Österreich verboten – künftig auch wenn sie im Ausland begangen wurden.



Investieren in die Zukunft

Die Krise in Europa führt oftmals zu Äußerungen wie: Raus aus dem Euro! Raus aus der EU! Mittlerweile sollte aber klar sein, dass Österreichs Volkswirtschaft sich nicht einfach abschotten und von den Entwicklungen in anderen Ländern unbeeindruckt zeigen kann.



Österreich muss auch seinen Stellenwert als europäischer Wissenschaftsstandort und sein Know-how ausbauen.

Marktschreiereien bringen uns in dieser Situation nicht weiter. Was wir in Österreich brauchen, ist eine möglichst große Unabhängigkeit von den Finanzmärkten. Wir müssen sparen, gerecht einnehmen und zielgerichtet investieren. Erst durch das Zurückdrängen der Verschuldung der Staaten werden diese wieder unabhängig von den Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Dann steht wieder das Primat der Politik im Vordergrund und nicht das der Märkte!

Die Krise hat gezeigt, wie eng die Länder in Europa wirtschaftlich miteinander verflochten sind. Allein in Österreich hängen über 500.000 Arbeitsplätze am Export. Daher ist auf die simple Frage, wozu man eigentlich den Euro retten muss, klar zu antworten: Um die österreichischen Arbeitsplätze zu retten! Somit liegt klar auf der Hand: Die aktuellen Herausforderungen werden wir in Europa nur gemeinsam lösen können. Und das ist auch das Ziel der Ver-

handlungen und gemeinsamen Anstrengungen auf europäischer Ebene. Die Ursachen der Krise wurden analysiert – wir wissen, wie es soweit kommen konnte – aber was jetzt?

Jetzt muss die Wunde behandelt – die Krankheit bekämpft werden. Eine Möglichkeit der Heilung näherzukommen, ist die Regulierung der Finanzmärkte. Hochspekulative Finanzprodukte – wie beispielsweise Derivate – müssen europaweit verboten werden, um solche Krisen zukünftig zu verhindern.

Was wir brauchen, sind die besten Rahmenbedingungen für die Realwirtschaft. Es braucht auch neue Finanzmittel für die Finanzierung der Aufgaben der Zukunft. Die Einführung der Finanztransaktionssteuer ist ebenso notwendig wie die Absage an Steuerdumping. Die Banken und Spekulanten müssen einen Beitrag leisten. Gleichzeitig muss auch dafür gesorgt werden, dass soziale Standards nicht ausgehöhlt werden.

„Die Banken und Spekulanten müssen einen Beitrag leisten, gleichzeitig muss auch dafür gesorgt werden, dass soziale Standards nicht ausgehöhlt werden.“

Das Ziel von Österreich muss es aber derzeit sein, möglichst unabhängig von den Einflüssen der Finanzmärkte zu sein. AAA – die Bewertung der Kreditfähigkeit von Staaten – sind nicht einfach nur drei Buchstaben, sondern sie zeigen, dass wir wirtschaftlich gut dastehen. Das ist auch demokratiepolitisch von großer Bedeutung. Und es ist wichtig, dass dies so bleibt!

Dazu braucht es auch eine Budgetdisziplin sowie gerechte Einnahmen. Effizient mit Steuergeldern umgehen ist heute keine ideologische Frage mehr, sondern eine Notwendigkeit. Genauso braucht es aber auch gerechte Einnahmen und Investitionen, die die Wirtschaft ankurbeln. Österreich muss auch seinen Stellenwert als europäischer Wissenschaftsstandort und sein Know-how ausbauen. Exporte in diesen Bereichen sind krisenfester als die meisten anderen Industrien. Voraussetzung dafür sind jedoch Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung.

Somit sind Staat und Politik angehalten, ein ausgeglichenes Budget im Auge zu behalten, um eben unabhängig von den Finanzmärkten zu sein. Daher müssen wir einerseits die Finanzmärkte regulieren – die Aasgeier, die auf die fette Beute warten, bekämpfen – und uns andererseits vorsehen, dass wir nicht selbst zur fetten Beute werden. Dazu braucht es Stabilität – auch im Budget! ♦



Ich freue mich über
Diskussionsbeiträge zum Thema auf
www.facebook.com/laurarudas.at

EUROPA

Für eine stabile EU: Finanzm

Um Krisen in der EU und beim Euro in Zukunft vorzubeugen, fordert Bundeskanzler Werner Faymann grundlegende Reformen. Er plädiert für eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte und eine europaweite Finanztransaktionssteuer.



picturedesk

Griechenland muss wieder auf eigenen Beinen stehen können. Zukünftigen Krisen soll durch neue Mechanismen wie Finanzmarktregulierung vorgebeugt werden.

„Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass nicht Spekulanten und Finanzmärkte die Spielregeln vorgeben, sondern die demokratisch legitimierte Politik.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Zehn von 17 Staaten der Eurozone sind für die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer (FTS). Vor kurzem hat auch die EU-Kommission – lange Gegner der FTS – Vorschläge für deren Einführung vorgelegt. Die übermäßigen Risiken, die Finanzmarktakteure in der Vergangenheit eingebracht haben, waren eine wesentliche Ur-

sache für die Finanz- und Wirtschaftskrise. „Wir müssen die Finanzmärkte stärker regeln und Spekulation zurückdrängen. Und wir müssen die Arbeit und die Realwirtschaft stärken“, betont der Bundeskanzler. Eine Finanztransaktionssteuer kann bis zu einer Milliarde Euro jährlich für das Budget bringen. Dass die Verursacher der Krise damit einen Beitrag zu ihrer Bewältigung leisten, ist nur gerecht. Für die Anforderungen an unsere Gesellschaft brauchen wir finanzielle Mittel, denn qualitativ hochwertige Staatsleistungen wie ein faires Bildungssystem, Gesundheit, Pflege und gerechte Pensionen haben ihren Preis. Es braucht, so Faymann, einen gerechten „Beitrag von Spekulanten und Finanzjongleuren“.

Bankensektor stabilisiert

Im Ministerrat wurde vor kurzem eine Novelle zur Stabilisierung und besseren Regulierung des Bankensektors beschlossen. Dazu soll auch eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen der nationalen Finanzmarktaufsicht und den EU-Behörden beitragen. Bereits vor einem Jahr hat sich die SPÖ bei der Regelung der Bankerboni durchgesetzt: Maximal 60 Prozent der Boni in Banken werden sofort ausbezahlt, der Rest erst nach fünf Jahren und nur unter der Voraussetzung, dass die Bank sich die Boni leisten kann und die Erfolge nachhaltig sind. Die ÖVP wollte ursprünglich nur drei Jahre Wartezeit, die SPÖ hat fünf Jahre durchgesetzt.

Märkte strenger regulieren

Griechenland muss Sparpaket umsetzen

Griechenland muss sich zu einer nachhaltigen weiteren Entwicklung verpflichten, also das Sparpaket umsetzen. Daran sind auch die nächsten Zahlungen geknüpft. „Bevor die Griechen nicht nachweisen, dass sie die Bedingungen von EU und IWF umsetzen, wird kein weiteres Geld überwiesen“, erklärt Faymann. Eine etwaige Rückkehr der Griechen zu ihrer alten Währung sei theoretisch möglich, aber „sicher nicht weniger schwierig als der Verbleib in der Eurozone, im Gegenteil“. Das Hauptproblem sieht der Kanzler in parteipolitischem Hickhack. Der griechische Premier Giorgios Papandreu ist zurückgetreten, ein Nachfolger wurde bis zum Redaktionsschluss noch nicht bekanntgegeben. Fest steht, dass eine aus Experten bestehende Übergangsregierung eingesetzt wird und für die Umsetzung des Sparpakets – Voraussetzung für Hilfszahlungen aus der EU – sorgen soll. Im Februar 2012 wird es Neuwahlen geben.

Stabiler Euro ist im Interesse Österreichs

Faymann tritt für einen soliden Euro und eine sichere Europäische Union ein. „Die Eurozone muss so stabil wie möglich sein“, betonte der Kanzler. Dies liegt auch im ureigensten Interesse Österreichs, denn jeder vierte heimische Arbeitsplatz hängt am Export innerhalb der Euro-Zone. „Wir dürfen nicht so tun, als würden uns die anderen Länder nichts angehen und wir können uns nicht wünschen, dass es den anderen Euro-Mitgliedern schlecht geht“, betonte Faymann.

Bezugnehmend auf polemische Forderungen nach dem Austritt Österreichs aus der Eurozone erinnert der Bundeskanzler daran, dass die Eurozone Österreich viel gebracht hat. Würde Österreich aus der Eurozone austreten, „so wäre der Schilling bereits am Tag danach Spekulationsobjekt Nummer eins“, erklärt Faymann. Man müsse mit Nachdruck darauf achten, dass die Schulden nicht zu hoch werden, um nicht in die Fänge von Spekulanten zu gelangen. ♦

INTERVIEW

„Fortschritt in Richtung Finanztransaktionssteuer“

Der Leiter der SPÖ-EU-Abgeordneten Jörg Leichtfried im Gespräch mit SPÖ Aktuell über die Finanztransaktionssteuer (FTS), die politische Lage in Europa und neue Mechanismen, um auf Krisen zu reagieren.



„Eine strenge Regulierung der Finanzmärkte ist das Gebot der Stunde“, bekräftigt SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried.

„SPÖ Aktuell“: Wie stehen die Chancen auf die Einführung einer FTS in Europa?

Jörg Leichtfried: Mit dem Bekenntnis der Europäischen Kommission zur FTS haben wir einen entscheidenden Fortschritt gemacht. In den vergangenen Jahren hat die Kommission eine europaweite FTS vehement abgelehnt, nun hat ein Umdenken stattgefunden und es wurden konkrete Vorschläge präsentiert. Nicht zuletzt ist dies auf den Druck des EU-Parlaments zurückzuführen, das seit langem für eine solche Steuer plädiert, da die EU so die Möglichkeit hätte, Eigenmittel zu lukrieren. Nun gilt es, im Rat weiter Überzeugungsarbeit zu leisten. Im Gegensatz zu Österreich überwiegt in vielen anderen Staaten noch die Skepsis.

Sind die bisher gesetzten Maßnahmen zur Euro-Rettung richtig?

Leichtfried: Die am letzten Euro-Krisengipfel beschlossenen Maßnahmen waren ein positiver Schritt, um die drängendsten Probleme zu lösen. Langfristig brauchen wir aber einen Fokus auf Wachstum und Beschäftigung, nur so werden die verschuldeten

Staaten ihre Schwierigkeiten beseitigen können. Die politisch Verantwortlichen in Griechenland und Italien sind nun gefordert, die Beschlüsse so rasch als möglich umzusetzen. Dazu braucht es aber die Kooperationsbereitschaft der Konservativen, denn bisher wurden Reformen entweder blockiert oder nicht konsequent umgesetzt.

Wie soll künftig vermieden werden, dass die Budgets der Mitgliedstaaten aus dem Ruder laufen?

Leichtfried: Wir brauchen eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung, die es ermöglicht, rechtzeitig einzugreifen, sollten Schwierigkeiten absehbar sein. Das Korsett darf aber nicht zu eng geschnallt werden, denn Investitionen in Wachstum und Beschäftigung müssen weiter möglich sein. Kaputtsparen ist keine Lösung.

Welche Maßnahmen sind notwendig, um Europa vor neuen Krisen zu wappnen?

Leichtfried: Eine strenge Regulierung der Finanzmärkte ist das Gebot der Stunde. Es sind bereits einige Maßnahmen gesetzt worden, insgesamt wird aber zu zögerlich agiert. Darüber hinaus müssen wir Entscheidungsmechanismen etablieren, die es erlauben, schneller, effizienter und demokratischer auf entstehende Krisen zu reagieren. Durch das monatelange Herumlavieren, was die Rettung Griechenlands betrifft, wurden einige Probleme verschlimmert. Daher muss die zwischenstaatliche Ebene zurückgedrängt werden und dem EU-Parlament sowie der Kommission ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. ♦

VERKEHR

Bei Staubildung: Rettungsgasse!

Ab 1. Jänner 2012 ist die Bildung von Rettungsgassen bei stockendem Verkehr auf Österreichs Autobahnen Pflicht. Einsatzfahrzeuge können dadurch um bis zu vier Minuten schneller am Unfallort sein, was die Überlebenschancen deutlich erhöht.



Fahrzeuge auf der linken Spur fahren nach links, alle anderen nach rechts – so einfach funktioniert die Rettungsgasse.

ZUM THEMA

So funktioniert die Rettungsgasse:

Sobald der Verkehr auf Autobahnen, Schnell- und Autostraßen ins Stocken gerät, haben alle Fahrzeuge der äußersten linken Spur ganz an den linken Fahrbahnrand zu fahren, und die Fahrzeuge auf den rechten Spuren ganz nach rechts. Auch der Pannestreifen soll genutzt werden.

Durch die so entstandene Rettungsgasse können Einsatzfahrzeuge – und nur diese dürfen die Rettungsgasse benutzen – zügig zum Unfallort gelangen.

Wichtig ist, die Gasse vorausschauend schon bei stockendem Verkehr und nicht erst bei einem Unfall zu bilden.

Alle Infos und ein Video zum besseren Verständnis gibt es auf www.rettungsgasse.com.

Ab sofort startet die Kampagne „Gemeinsam Leben retten – bei Staubildung: Rettungsgasse!“. Sie informiert Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer darüber, wie man eine Rettungsgasse, eine freibleibende Fahrgasse zwischen den Fahrstreifen, bildet. „Die Einsatzfahrzeuge können durch die Rettungsgasse um bis zu vier Minuten schneller bei den Unfallopfern sein. Die Überlebenschancen steigen so um 40 Prozent. Da geht es um Zeit, die über Leben

oder Tod und über den Schweregrad der Unfallfolgen entscheidet“, erklärt Verkehrsministerin Doris Bures. Ab Dezember wird es TV- und Radiospots und Plakate geben. Im Frühjahr gibt es eine zweite Kampagnenwelle, die sich speziell an Touristen in Österreich richten wird.

Rasche Rettung und mehr Sicherheit

Mit härteren Strafen für Alkolenker und Extremraser, verstärkten Kontrollen und Kampagnen zur Bewusstseinsbildung hat die Ministerin schon viele Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit gesetzt. „Leider kann man nicht jeden Unfall vermeiden. Wenn trotz aller Maßnahmen etwas passiert, haben wir Erste Hilfe zu leisten und dafür zu sorgen, dass die Profis schneller zum Unfallort kommen können“, unterstreicht Bures. Die Behinderung von

Einsatzfahrzeugen wird mit einer Strafe von bis zu 2.180 Euro geahndet. Einige Nachbarländer Österreichs haben bereits durchwegs positive Erfahrungen mit den Rettungsgassen gemacht – diese Vereinheitlichung sorgt für mehr Sicherheit auf den Autobahnen. Mit der Rettungsgasse wird ein langjähriger Wunsch der Blaulichtorganisationen erfüllt und auch die Autofahrerclubs waren in den Entscheidungsprozess für die Rettungsgasse eingebunden. ♦



SPÖ

„Wer schnell hilft, hilft doppelt. Für Rettung, Feuerwehr und Polizei zählt im Ernstfall jede Sekunde.“

**Verkehrsministerin
Doris Bures**

ARBEITSMARKT

Lohndumping: Gesetz zeigt Wirkung

Seit 1. Mai 2011 ist Lohn- und Sozialdumping in Österreich gesetzlich unter Strafe gestellt. Die strengen Kontrollen wirken: Der überwiegende Teil der Unternehmen entlohnt nach österreichischen Standards.

Im Vorfeld der Arbeitsmarkttöffnung für die östlichen Nachbarländer Österreichs am 1. Mai wurde die Befürchtung geäußert, dass „Lohn- und Sozialdumping“ droht und hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Österreich kommen würden. Diese hauptsächlich von FPÖ und BZÖ getrommelten Angstparolen haben sich – wie erwartet – als unwahr erwiesen: Zum einen sind seit der Öffnung 19.808 Menschen nach Österreich gekommen – eine „Punktlandung“, wie Sozialminister Rudolf Hundstorfer sagt, hatte man doch mit ca. 20.000 Arbeitnehmern gerechnet. Zum anderen wirkt das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz. Nach sechs Monaten lässt sich eine „generalpräventive Wirkung“ auf in- und ausländische Arbeitgeber beobachten. „Der überwiegende Teil der Firmen hält die Lohnregelungen in Österreich ein und bezahlt die Arbeitnehmer nach österreichischen Vorgaben“, erklärt der Sozialminister. Mitverantwortlich dafür



Sozialminister Rudolf Hundstorfer, NR-Abg. Josef Muchitsch: „Österreich gehört zu den führenden Ländern Europas beim Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping.“

sind die strengen Kontrollen und die hohen Strafen, die bei Zuwiderhandlung drohen. Mit bis zu 50.000 Euro pro unterentlohntem Arbeitnehmer müssen Unternehmen rechnen.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes sind zigtausende Kontrollen durchgeführt

worden, u.a. von der Bauarbeiter-Urlaubs und Abfertigungskasse (BUAK). Deren Vorstand Josef Muchitsch sagt: „80 Prozent der Verdachtsfälle kommen aus der Bauwirtschaft.“ Bislang gibt es 263 Verdachtsfälle und 46 Anzeigen. ♦

GEWERKSCHAFT

SPÖ und FSG sind gemeinsam stark

Die Macht der Finanzmärkte muss zurückgedrängt werden, das war der Tenor bei der FSG-Konferenz der Beamtengewerkschafter.



FSG-GÖD-Vorsitzender Richard Holzer fordert strenge Regeln für die Finanzmärkte.

Auf die Erfolge der Sozialpartnerschaft für die Entwicklung Österreichs wies Bundeskanzler Werner Faymann bei der Fraktionskonferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaft

ter in der GÖD (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst) hin. Gerade in der Finanzkrise habe sich gezeigt, dass die Politik von Verhandlungen und Kompromissen richtig ist. „Die Alternativen wären Konfrontationen und Auseinandersetzungen auf der Straße“, wie es sie in anderen Ländern gibt.

Der Weg der sozialen Gerechtigkeit muss auch in Europa gegangen werden. „Nicht Spekulanten, Banken und Finanzmärkte dürfen die Spielregeln vorgeben, sondern die demokratisch legitimierte Politik.“ Der Kanzler bekräftigte auch die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer. Und er verwies auf die gute Zusammenarbeit zwischen FSG und Partei: „Ich weiß, dass unsere Stärke darin besteht, wenn wir gemeinsam vorgehen.“ ♦



Gemeinsam für die Arbeitnehmer: Bundeskanzler Werner Faymann und ÖGB-Chef Erich Foglar, dahinter AK-Präsident Herbert Tumpel und FSG-Vorsitzender Wolfgang Katzian.

ELGA

Jährlich 130 Mio. Euro Kostendämpfung

Die Elektronische Gesundheitsakte ELGA dient vor allem der Sicherheit von Patientinnen und Patienten und sorgt dafür, dass im Gesundheitssystem weniger Kosten anfallen.



Der Hauptnutzen von ELGA für die Patienten: Der Arzt weiß über bisherige Medikation und Behandlungen Bescheid und kann seine Therapie genau darauf abstimmen.

ELG A ermöglicht es Ärztinnen und Ärzten in Ordinationen und Spitälern, auf Daten über Medikamente, Behandlungen und Befunde ihrer Patienten zuzugreifen und ihre Therapie darauf abzustimmen. Weil aktuelle Befunde einfach eingesehen werden können, fallen mittels ELGA auch unnötige Doppelbefundungen weg. „Auch die Verschreibung von Medikamenten, die Wechselwirkungen mit anderen Arzneien verursachen, wird so vermieden“, erklärt Gesundheitsminister Alo-

is Stöger. Österreichweit flächendeckend verwendbar soll ELGA ab Mitte 2013 sein, die ELGA-Pflicht für Vertragsärzte und Krankenhäuser kommt 2015.

Beachtliche Kostendämpfung erwartet

Gesundheitsminister Alois Stöger rechnet vor, dass Errichtung und Betrieb bis Ende 2017 insgesamt rund 130 Mio. Euro kosten werden. Ab 2018 ist ELGA im Vollbetrieb, jährlich fallen dann Betriebskosten von 18 Mio. Euro an. Die Finanzierung des Projekts wird zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung aufgeteilt. Den Kosten stehen Einsparungen von rund 45 Mio. Euro allein durch die e-Medikation gegenüber. „Insgesamt werden jährlich rund 130 Mio. Euro an Kostendämpfung erwartet“, sagt Stöger.

Begutachtungsentwurf noch geändert

Das ELGA-Gesetz wird gegenüber dem Begutachtungsentwurf noch geändert. So soll es u.a. eine verpflichtende elektronische Identitätsüberprüfung und eine einfachere Widerspruchsregelung

geben – der Speicherung aller Dokumente, die mit einer spezifischen Behandlung zusammenhängen, kann vom Patienten widersprochen werden. Weiters werden keine geheimen psychiatrischen Daten und genetischen Analysen gespeichert. Außerdem werden auch Pflegeeinrichtungen die Daten einsehen können.

Gesundheitsdaten sind sicher

Die Datensicherheit ist gegeben, denn die Gesundheitsdaten werden dezentral, also an mehreren Orten, gespeichert. Zugriff gibt es nur mittels e-Card und für den jeweiligen Gesundheitsdiensteanbieter auf 28 Tage beschränkt.

Schon jetzt gibt es kleinere regionale ELGAs, also Vernetzungen von Gesundheitsdaten. Die Bedenken der Wiener Ärztekammer betreffend Datenschutz sind also nicht haltbar. Für Pensionistenverbands-Präsident Karl Blecha ist die Kritik ebenfalls nicht nachvollziehbar: Er unterstützt den Minister in seinen Reformschritten, denn „die Sicherheit der Patienten und deren optimale Gesundheitsversorgung stehen für Gesundheitsminister Stöger im Vordergrund.“ ♦

KINDERSCHUTZ

Strengere Strafen für Gewalt gegen Kinder

Künftig gibt es Mindeststrafen statt Strafraumen. Damit wird das Verhängen von Geld- anstelle von Haftstrafen nicht mehr möglich sein. Diese Verschärfung dient der Abschreckung. Gewalt gegen Kinder soll so von vornherein verhindert werden.

Für Gewalttaten gegen Unmündige, also bis 14-Jährige, gibt es in Zukunft höhere Strafen. Eingeführt werden Mindeststrafen von zwei Monaten, in allen Fällen, bei denen die Höchststrafe zwölf Monate betragen würde. Wo die Strafuntergrenzen bisher sechs Monate betragen, werden sie auf zwölf Monate erhöht. „Diese Verschärfungen im Strafrecht sind ein wichtiger Beitrag zur Prävention. Wir wollen damit den Schutz für Kinder deutlich er-

höhen“, betont Bundeskanzler Werner Faymann.

„Grooming“ unter Strafe gestellt

Auch auf technologische Entwicklungen wird reagiert: Die Anbahnung von Sexualkontakten zu Unmündigen via Internet („Grooming“) wird unter Strafe gestellt. Für das wissentliche Betrachten von Pornographie mit Minderjährigen (bis 18 Jahre) drohen künftig bis zu zwei Jahre Haft. ♦

Freiheits- statt Geldstrafen: Gewalt gegen Kinder endet künftig mit einem Zellaufenthalt von mindestens zwei Monaten.



Biographie

Anton Benya

Anton Benya war zweifellos eine der wichtigsten und bedeutendsten Persönlichkeiten der Zweiten Republik und eine Symbolfigur der Sozialdemokratie. Nun liegt seine Biographie vor.

In Liselotte Douschans Werk werden nicht nur die wichtigsten Stationen in Benyas politischem Leben nachgezeichnet, sondern auch ihre historische Bedeutung herausgearbeitet. Darunter Benyas Aufstieg zum Präsidenten des Gewerkschaftsbundes, ein Amt das er von 1963 bis 1987 innehatte. Natürlich bleibt auch sein Verhältnis zu Bruno Kreisky nicht unbehandelt, auf dessen Regierungspolitik er wesentlichen Einfluss ausübte.

Benya war zwischen 1956 und 1986 Nationalratsabgeordneter und der am längsten dienende Erste Nationalratspräsident Österreichs. Als Gewerkschafter ging er in die österreichische Zeitgeschichte ein. Durch sein Verhandlungsgeschick hatte er entscheidenden Anteil am Zustandekommen der Sozialpartnerschaft. Dieses zeithistorische Portrait basiert auf bisher unveröffentlichten Quellen aus Benyas Privatbesitz. ♦

Roman

Rücken an Rücken

Nach dem internationalen Erfolg ihres Romans „Die Mittagsfrau“ erzählt Julia Franck in ihrem neuen Werk eine ergreifende Familiengeschichte im Deutschland der 50er und 60er Jahre.

Das Leben der Geschwister Ella und Thomas wird von ihrem zehnten Lebensjahr bis ins junge Erwachsenenalter erzählt. Ihre Mutter, eine Bildhauerin, vertritt leidenschaftlich die Ideale eines neuen, besseren Deutschlands – ihre Kinder bleiben dabei auf der Strecke. Ella und Thomas werden völlig vernachlässigt, Hunger, Kälte und Durst sind ihre steten Begleiter. Die Kinder ziehen sich immer stärker in ihrer eigenen Welt zurück, um sich dort gegen-

seitig mit Geschichten zu trösten. Während Ella aufbegehrt, versucht Thomas sich zu fügen und flieht später in die Liebe zu Marie. Mit der Errichtung der Mauer im Jahr 1961 nimmt die Tragödie ihren Lauf. Franck zählt zu den bekanntesten Schriftstellerinnen Deutschlands und schrieb mit „Rücken an Rücken“ ein tragisches Märchen über zwei Geschwister, die sich gegenseitig vor ihrer zu Gefühlen unfähigen Mutter schützen. ♦

Sachbuch

Bankrotteure bitten zur Kasse

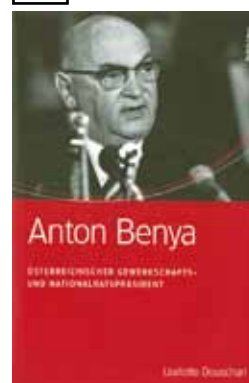
Der Ökonom Jürgen Leibiger beschäftigt sich mit den Mythen und Realitäten der Staatsverschuldung in Deutschland.

Die Schulden des Staates gelten in der Öffentlichkeit als Beweis dafür, dass „wir über unsere Verhältnisse leben“. Es ist das vorletzte Wort einer Wirtschaftspolitik zugunsten von Bankrotteuren – das letzte Wort heißt: „Wir müssen sparen.“ Aber wer ist eigentlich „wir“? Und wie sind denn „unsere Verhältnisse“? Gibt es da nicht auch Gläubiger, die an den Staatsschulden jährlich Milliarden verdienen? Wer ist das, und warum sind diese Ausgaben sakrosankt, nicht

aber die Ausgaben für Erziehung, Gesundheit und andere öffentliche Güter? Was ist überhaupt ein Staatsbankrott? Muss es hingenommen werden, dass die Bankrotteure zur Kasse bitten und am Ende immer den einfachen Leuten in die Tasche gegriffen wird? Der deutsche Ökonom Leibiger zeigt auf, dass es unumgänglich ist, nach Alternativen zur gegenwärtigen Bankrottpolitik zu suchen – nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo. ♦



..... Stk.



Liselotte Douschan:
Anton Benya. Österreichischer Gewerkschafts- und Nationalratspräsident.
Böhlau, Wien 2011;
323 S., 29,90 Euro



..... Stk.



Julia Franck:
Rücken an Rücken.
S. Fischer Verlag, Frankfurt 2011;
381 S., 20,60 Euro



..... Stk.



Jürgen Leibiger:
Bankrotteure bitten zur Kasse.
PapyRossa, Köln 2011;
276 S., 17,40 Euro

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

ÖFFENTLICHER DIENST

Fair statt prekär

Der öffentliche Dienst wird in Zukunft völlig auf unbezahlte Praktika verzichten. SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger begrüßt diesen Vorstoß von Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek.



Fair bezahlte Praktika und wichtige Erfahrungen fürs spätere Berufsleben. Damit übernimmt der öffentliche Dienst einmal mehr eine Vorreiterrolle.

Der Entwurf für eine neue Dienstrechtsnovelle des öffentlichen Dienstes, der sich derzeit in Begutachtung befindet, enthält den expliziten Verzicht auf unbezahlte Praktika. Für Lueger übernimmt der öffentliche Dienst damit eine Vorbildwirkung, denn: „Junge Menschen, die an der Schnittstelle zwi-

Fotolia schen Ausbildung und Berufsleben stehen, brauchen ordentliche Beschäftigungsverhältnisse. Ich begrüße es daher sehr, dass Beamtenministerin Heinisch-Hosek einen Entwurf für eine Dienstrechtsnovelle vorgelegt hat, der – um die Benachteiligung von jungen Menschen zu verhindern – nur noch bezahlte Praktika im Bundesdienst vorsieht.“

Zwei unterschiedliche Formen von Praktika

Konkret sieht die Novelle zwei unterschiedliche Arten von Praktika vor. Das Ausbildungspraktikum dient dazu, eine Berufs- oder Schulbildung zu ergänzen und zu vertiefen und

bietet der Praktikantin, dem Praktikanten, die Möglichkeit, Einsatzmöglichkeiten im Bundesdienst kennenzulernen. Es dauert jedenfalls länger als drei Monate und wird mit einem pauschalen Ausbildungsbeitrag von monatlich 1.300 Euro entlohnt. Das Kurzpraktikum ist im Gegensatz dazu auf

maximal drei Monate begrenzt und dient beispielsweise dazu, während der Ferienzeit im Bundesdienst praktisch tätig zu sein. Es umfasst eine Einführung in die einschlägige Verwaltungstätigkeit sowie die praktische Erprobung auf einem Arbeitsplatz. Ein Kurzpraktikum kann nur einmal pro Jahr abgeschlossen werden, der Ausbildungsbeitrag ist mit 900 Euro monatlich festgesetzt. ♦



Wille

„Ordentliche Beschäftigungsverhältnisse müssen in jeder Lebensphase eine Selbstverständlichkeit sein.“

SPÖ-Jugendsprecherin Angela Lueger

FAMILIE

Krainer will neue Regelung für Kinderbetreuungskosten

Sind Omas oder Opas nach einem 8-Stunden-Kurs professionelle Kinderbetreuer? SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer will die steuerliche Absetzbarkeit neu regeln.

Eine Entscheidung des Unabhängigen Finanzsenats (UFS) hat eine Diskussion um die steuerliche Absetzbarkeit für Kinderbetreuung ausgelöst. Es geht um die Möglichkeit, die Kosten für Betreuungspersonen, die einen achtstündigen Kurs gemacht haben, steuerlich abzusetzen. Der UFS meinte in einer konkreten Berufungsentscheidung, dass ein 8-Stunden-Kurs niemanden zum professionellen Kinderbetreuer mache.

Diese Entscheidung ist zwar für die Finanzämter nicht bindend, SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer will sie aber dafür

nutzen, die Absetzbarkeit neu zu regeln. Das Finanzministerium soll einen neuen Erlass herausgeben und damit für Rechtssicherheit sorgen.

Krainer fordert aber auch, grundsätzlich darüber nachzudenken, ob die steuerliche Absetzbarkeit von Kindermädchen – davon profitieren vor allem Besserverdiener – sinnvoll ist. Eltern, die so wenig verdienen, dass sie kaum Steuern zahlen, profitieren nicht.

Sinnvoller wäre es, stattdessen hochwertige Kinderbetreuungsplätze auszubauen. ♦



Fotolia

Dass man die Kosten für das Kindermädchen steuerlich absetzen kann, nützt v.a. Besserverdienern.



FINANZKRISE

Rating-Agenturen zu mächtig

Die Rolle der Rating-Agenturen vor und in der Krise beleuchtete eine Podiumsdiskussion des SPÖ-Parlamentsklubs. Tenor: Ihr Einfluss wurde zu groß.

Standard&Poor's“, „Moody's“, „Fitch“ – hinter diesen Namen stecken die großen internationalen Rating-Agenturen, welche die Bonität (Kreditwürdigkeit) von Unternehmen und Staaten bewerten – von der Bestnote „AAA“ bis zu D (zahlungsunfähig). Tenor der Diskussion des SPÖ-Klubs, moderiert von SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim: Die Agenturen haben mittlerweile eine Rolle eingenommen, die ihnen nicht zugeordnet war, so etwa Harald Ettl von der Finanzmarktaufsicht (FMA). Nun bemühe man sich, deren Einfluss zurückzudrängen. Auch für WIFO-Forscher Stephan Schulmeister ist die Entwicklung nicht gut gelaufen: Es sei „ein Skandal“, dass Rating-Agenturen Staaten in derselben Weise beurteilen wie Firmen. Wozu dies führe, habe die Krise gezeigt: Die Schuldenkrise in manchen Staaten sei eigentlich eine Systemkrise, erklärte Schulmeister. Zwischen 2000



SPÖ Klub

Expertendiskussion mit SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim über Rating-Agenturen.

und 2007 waren die Staatsschulden in der EU konstant – erst nach der Krise kamen die Probleme, weil die Zinsen explodiert sind. ♦

ENERGIEWENDE

Chance für Umwelt und Arbeitsmarkt

Für SPÖ-Umweltsprecher Hannes Weninger steht fest: ein nachhaltiges Budget im Bereich Umwelt muss den Fokus auf Investitionen, die Jobs im Inland schaffen, legen.

Es gibt zahlreiche gute Beispiele, wie mit effizienten Klimaschutzmaßnahmen im Inland Jobs geschaffen und Treibhausgase reduziert werden können“, betont Weninger. Als wichtigstes Beispiel in diesem Zusammenhang nannte der SPÖ-Umweltsprecher den Ausbau der thermischen Sanierung im Wohnbau. Für die Förderung der thermischen Sanierung sind im Bundesvoranschlag 2012 100 Millionen Euro vorgesehen. „Unser Ziel ist es, diese Mittel zukünftig auch für den mehrgeschossigen Wohnbau zu verwenden“, so Weninger. Er fordert daher rasche Änderungen bei den Kriterien des Sanierungsschecks. ♦



Wike

SPÖ-Umweltsprecher Hannes Weninger betont: „Die von der Bundesregierung eingeschlagene Energiewende wird auch mit diesem Budget fortgesetzt.“

SICHERHEIT

Initiative gegen organisierte Kriminalität

Auch in Österreich gibt es kriminelle Handlungen der Mafia. 2010 wurden drei Fälle von Schutzgelderpressungen in der Gastronomie angezeigt – die Dunkelziffer ist noch weitaus höher.

Aus einer Anfrage des SPÖ-Nationalratsabgeordneten Johann Maier geht hervor: Auch in Österreich gibt es Mafiaschenschaften der Mafia wie Schutzgelderpressung und Nötigung. Maier wird daher mit der italienischen Abgeordneten Laura Garavini, die die Initiative „Mafia, nein danke“ gegründet hat, zusammenarbeiten. Das Ziel: Eine zivilgesellschaftliche Initiative in Österreich – unter Einbindung von Wirtschaft, NGOs, Bildungseinrichtungen etc. Diese soll sich aber nicht nur auf den Bereich der kriminellen Handlungen der Mafia beschrän-



SPÖ Klub

ken, sondern auch über andere kriminelle Delikte wie Korruption aufklären und davor schützen. ♦

SPÖ-Abgeordneter Johann Maier und die italienische Abgeordnete Laura Garavini verstärken ihre Zusammenarbeit im Kampf gegen die Mafia.

VORARLBERG

Michael Ritsch mit 92 Prozent wiedergewählt



Der wiedergewählte Landespartei-vorsitzende präsentierte ein Zehn-Punkte-Programm für ein gerechteres Vorarlberg.

Der neue alte Landespartei-vorsitzende der SPÖ Vorarlberg heißt Michael Ritsch. Mit rund 92 Prozent aller Delegiertenstimmen wurde Ritsch beim 41. Ordentlichen Parteitag der Vorarlberger Sozialdemokraten im Amt bestätigt. Ritsch präsentierte auch das Programm „10 Punkte für Vorarlberg“, das unter anderem Forderungen nach einer vermögensbezogenen Millionärsabgabe, leistbaren Wohnungen und der gemeinsamen Schule enthält. „Mit diesen zehn Punkten würde es in unserem Ländle gerechter“, zeigte sich Ritsch überzeugt.

Faymann: Strengere Regeln für die Finanzmärkte

Bundeskanzler Werner Faymann, der es sich nicht nehmen ließ, persönlich beim



Mathis

„10 Punkte für Vorarlberg“: Vorarlbergs SPÖ-Parteivorsitzender Michael Ritsch will das Ländle gerechter machen.

Landesparteitag dabei zu sein, plädierte in seiner Rede für strengere Regulierungen der Finanzmärkte und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. „Wir müssen die Finanzmärkte stärker regeln und Spekulation zurückdrängen. Und wir müssen die Arbeit und die Realwirtschaft stärken“, betonte Faymann. Eine Finanz-

transaktionssteuer könne bis zu einer Milliarde Euro jährlich für das Budget bringen, so der Kanzler. Geld, das man dringend für die Aufrechterhaltung der staatlichen Leistungen bei der Bildung, der Gesundheit und der Pflege braucht. Alle Infos zum 10-Punkte-Programm gibt's unter www.laendlegerecht.at. ♦

SJ & PVÖ

„Heast Oida!“ – Dialog der Generationen



Unter dem Motto „Heast Oida!“ veranstalten der Pensionistenverband (PVÖ) und die Sozialistische Jugend (SJ) Diskussionen in allen Bundesländern – dieses Mal im Burgenland.

Mit dem Dialog wollen die SPÖ-Organisationen einen bewussten Kontrapunkt zum oftmals von Medien und Konservativen herbei geredeten „Generationenkonflikt“ setzen. Fragen der Generationengerechtigkeit und -solidarität standen daher auch im Zentrum einer Diskussionsveranstaltung in Mattersburg, zu der PVÖ-Präsident Karl Blecha und SJ-Vorsitzender Wolfgang Moitzi gemeinsam mit ihren burgenländischen Pendanten Johann Grillenberger und Kilian Brandstätter sowie Landesrat Peter Rezar luden. „Wir können feststellen, dass Jung

und Alt im gleichen Boot sitzen und dass es keinen Konflikt Jung gegen Alt oder Alt gegen Jung gibt, aber sehr wohl einen Konflikt in unserer Gesellschaft zwischen Arm und Reich“, bekräftigte Blecha.

Keine staatliche Förderung für private Pensionsvorsorge

Für die ältere Generation und die Jugendlichen ist klar, dass nur die staatliche Pension eine sichere Pension ist. PVÖ und SJ fordern daher die Streichung der staatlichen Förderung für die privaten Pensionsvorsorgen. Im Gegenzug sollen bei der Pensionsberechnung die zehn schlechtesten Jahre herausgerechnet werden – eine Maßnahme, die den Jugendlichen zugute kommen

würde, sind diese doch die Hauptverlierer der Pensionsreform 2003. „Vor allem Ausbildungszeiten, Praktika und Teilzeitarbeit senken das künftige Pensionsniveau. Wir Jungen brauchen aber eine Pension, von der wir leben können“, erklärte Moitzi, der mit dieser Maßnahme verhindern will, dass es – wenn ab 2028 die volle Durchrechnung gilt – zu Altersarmut kommt. ♦



Die SJ und der PVÖ beweisen: Es herrscht eine starke Solidarität zwischen den Generationen.

OBERÖSTERREICH

SPÖ Frauen: Freundschaft braucht Gleichberechtigung



Bei der Landeskonferenz der SPÖ Frauen OÖ wurde Sonja Ablinger als Landesfrauenvorsitzende wiedergewählt und kämpft für ein Reißverschlussprinzip bei der>Listenerstellung vor Wahlen.

Die Konferenz, der u.a. auch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek beiwohnten, stand unter dem Motto „Freundschaft braucht Gleichberechtigung“. Aus diesem Motto ergab sich für die SPÖ Frauen – neben vielen anderen – eine zentrale Forderung an die eigene Partei, nämlich ein Reißverschlussprinzip bei der>Listenerstellung vor Wahlen. Das heißt: Jeder Frau folgt ein Mann oder umgekehrt, damit Frauen sich nicht länger mit hinteren Listenplätzen begnügen müssen. Die Umsetzung dieses Reißverschluss-Prinzips ist das Ziel für die Gemeinderatswahlen 2015.



SPÖ Frauen

Wiens Frauenstadträtin Frauenberger, SJ OÖ-Vorsitzende Kaiser und Frauenministerin Heinisch-Hosek gratulieren Ablinger zur Wiederwahl.

Dafür wird derzeit ein umfangreiches Strategie- und Umsetzungskonzept erarbeitet, wobei immer wieder deutlich gemacht wird, dass dieses Projekt eine

Aktion der gesamten Landespartei und nicht nur der SPÖ Frauen ist, betonte Sonja Ablinger in ihrem Ausblick auf die künftige Arbeit. ♦

KÄRNTEN

FSG gewinnt haushoch



Zwei FSG-Listen erreichten 80 Prozent bei den Personalvertretungswahlen im Kärntner Landesdienst.

„Das ist ein unübersehbares Signal: Die SPÖ gewinnt mehr und mehr an Vertrauen“, freut sich der Kärntner SPÖ-Vorsitzende, LH-Stv. Peter Kaiser über das Ergebnis der Personalvertretungswahlen in Kärnten. Dabei erreichten die beiden FSG-Listen 80 Prozent der Stimmen und 14 der insgesamt 17 Mandate. Die freiheitliche AUF kommt auf zwei Mandate (bisher drei) und die Christgewerkschafter auf eines (bisher zwei). Für Kaiser ist die überwältigende Zustimmung für die sozialdemokratischen Gewerkschafter auch Bestätigung und zusätzliche Motivation für den Weg, den die SPÖ-Kärnten unter seiner Vorsitzführung eingeschlagen hat. ♦



SPÖ Ktn

LHStv. Peter Kaiser: Die FSG ist verlässlicher Partner der Dienstnehmer im Landesdienst.

JUNGE GENERATION

JG Steiermark stellt sich neu auf



Unter dem Motto „Start the next level“ fand die Landeskonferenz der Jungen Generation Steiermark statt. Dort wurde Christian Grangl zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Der Judenburger wurde mit 100 Prozent der Delegiertenstimmen gewählt, auch die weiteren Kandidaten konnten sich über breite Zustimmung freuen. „Ich bin absolut vom Potential der JG Steiermark und den handelnden Personen überzeugt“, sagte der neugewählte Vorsitzende. Grangl will künftig die Organisation in Plattformen für die Bearbeitung sachpolitischer Themen im Interesse der jungen Menschen forcieren. Ein weiteres Kernanliegen Grangls ist, die JG Steiermark strukturell und inhaltlich besser auf die Bedürfnisse junger Frauen auszurichten. ♦



JG

Christian Grangl aus Judenburg ist der neue Vorsitzende der JG Steiermark. Im Bild mit Claudia Kürzl und Tina Tauß.



QUERGESCHRIEBEN

Neue Wege der kommunalen BürgerInnenbeteiligung

Partizipation statt Schiedsrichterrolle – Michael Rosecker plädiert dafür, die für Menschen unmittelbar erlebbare Politik in den Kommunen als Vorbild zu nehmen und die Bevölkerung stärker in die politischen Prozesse einzubinden.

„Neue Formen der Partizipation sollen die BürgerInnen nicht in die Schiedsrichterrolle drängen, sondern sie von vornherein einbinden in die Politikformulierung, -entwicklung und -implementierung.“

Durch das Aufbrechen von sozialer Position, Arbeitszusammenhang und politischem Verhalten kam es endgültig zur Auflösung der alten, geschlossenen sozialen Milieus. Dem folgt das Abschmelzen der mit diesen Milieus verbundenen kulturellen Lebensprägungen, politischen Sozialisationen und nicht-hinterfragten Handlungsweisen.

Nicht nur der einzelne Mensch, sondern auch gewachsene Institutionen müssen sich den neuen Herausforderungen anpassen, können es aber nicht in entsprechender Form, weil das hohe Tempo der Transformationsprozesse auch sie überfordert. Gerade auch demokratische Institutionen und Prozesse sind von diesen Herausforderungen betroffen. Dass damit verschränkt die Zufriedenheit der BürgerInnen mit dem Funktionieren der Demokratie in Österreich ebenso sinkt wie das Vertrauen in die Politik im Allgemeinen, wird durch Studien belegt.

Politik durch Reformen zukunftsfähig machen

Eine Möglichkeit, hier neue Wege zu gehen, neues Vertrauen zu schaffen und die Demokratie durch Reformen zukunftsfähig zu machen, wurde in der Ö2020-Diskursgruppe „Demokratie, Partizipation und Medien“ besprochen: Neue Wege kommunaler BürgerInnenbeteiligung.

Aufgrund der starken Verbundenheit vieler ÖsterreicherInnen mit ihrem Lebens- und Wohnort sind die Kommunen der Raum, in dem Demokratie und Politik am unmittel-



Der ländliche Raum, die Kommunen sind jener Ort, an dem Politik und Demokratie für die Bürger am unmittelbarsten erlebbar werden.

barsten für jede/n erfahrbar werden. Sie sind Kristallisationspunkt und „Schulen“ aktiver und lebendiger Demokratie. Hier kann dem Drang nach Gesellschaftsveränderung und Selbstverwirklichung in der eigenen Lebenswelt nachgegangen werden. Politik kann hier ihre Problemlösungskompetenz und demokratische Gestaltungskraft unmittelbar unter Beweis stellen. Dem Misstrauen gegenüber der Politik, der drohenden wachsenden Politikabstinenz und dem sinkenden Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Gemeinwohl muss man hier entgegenreten.

Neue Formen der Partizipation sollen die BürgerInnen nicht in die Schiedsrichterrolle drängen, sondern sie von vornherein einbinden in die Politikformulierung, -entwicklung und -implementierung. Demokratische Politik als gemeinsame

Sache des sozialen Lebens. BürgerInnenpaneele, BürgerInnen(Online-)Konsultationen, Offene Innovationen-Strategien und kommunale BürgerInnenbegehren sind einige Werkzeuge, die helfen können, das Politikverständnis grundlegend zu verändern. Durch eine niederschwellige und Gleichheit fördernde Öffnung politischer Prozesse entstehen neue demokratische Legitimation, neues Vertrauen, neue Allianzen und neue Antworten auf drängende Fragen der Zeit. ♦

Michael Rosecker ist freischaffender Historiker und Verleger. Seit 2004 arbeitet Rosecker am Dr.-Karl-Renner-Institut im Fachbereich „Politisches Management und Grundlagenarbeit“.

TERMINKALENDER

Montag, 14.11.

Buchpräsentation: „Zahlen bitte!“

In seinem neuen Buch „Zahlen bitte - Die Kosten der Krise tragen wir alle“ setzt sich der renommierte Wissenschaftler Markus Marterbauer mit den Folgen der aktuellen Weltwirtschaftskrise auseinander. Marterbauer plädiert für eine nachhaltige Regulierung der Finanzmärkte, für eine deutliche Anhebung der Vermögenssteuern und für einen Aus- und Umbau des europäischen Sozialstaats. In einer anschließenden Diskussionsrunde sprechen Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft (AK), Hele- ne Schubert, Senior Advisor Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB und Gertrude Tumpel-Gugerell, Konsulentin beim WIFO über die aktuelle Wirtschaftslage.

Moderiert wird die Veranstaltung von Jan Krainer, SPÖ-Finanz- und Budgetsprecher. Begrüßende Worte werden von Josef Cap, Klubobmann der SPÖ gesprochen.

Anmeldung unter: iman.heller@spoe.at

Beginn: 11.00 Uhr

SPÖ-Parlamentsklub, Klub Sitzungszimmer
Parlament, 1010 Wien

Samstag, 19.11.

Jugendenquete:
„Null Toleranz für Rassismus“

Die SPÖ Bundesfrauen und die Wiener SPÖ Frauen veranstalten mit den Vertreterinnen der Jugendorganisationen Sozialistische Jugend, Verband sozialistischer StudentInnen, Aktion kritischer SchülerInnen, Junge Generation, FSG Jugend und Rote Falken eine Jugendenquete zum Thema „Null Toleranz für Rassismus“. Die Jugendenquete soll den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit geben, sich mit einem breiten Themenfeld auseinanderzusetzen. Die Workshops beschäftigen sich u.a. mit den Themen Feminismus in Europa, Frauen in der rechten Szene und Asyl- und Bleiberecht. Zusammenfassend soll die Frage diskutiert werden, was wir gegen Rechts tun können und welche Auswirkungen rechte Politik auf das Leben von Frauen hat. Am Podium diskutie-

ren Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Nurten Yilmaz (Landtagsabgeordnete), Verena Fabris (Volkshilfe Österreich) und Mari Steindl (Interkulturelles Zentrum). Anmeldung unter: frauen@spoe.at

Beginn: 15.00 Uhr

EGA

Windmühlgasse 26, 1060 Wien

Dienstag, 22.11.

Diskussion:
„Iran und der arabische Aufbruch“

Einige politische Gruppierungen im Iran sehen den Arabischen Frühling als eine Fortsetzung der politischen Umwälzungen im Iran. Allerdings interpretieren es die Teheraner Machthaber als ein „Islamisches Erwachen“ inspiriert von der im Jahre 1979 Islamischen Revolution, während die oppositionelle „Grüne Bewegung“ die arabischen Revolten im Zusammenhang mit der iranischen Protestbewegung von 2009 versteht. Die Frage ist, ob die Umwälzungen in der arabischen Welt die politischen Verhältnisse im Iran beeinflussen werden. Wie reagieren die iranische Bevölkerung und das Regime auf die regionalen Entwicklungen? Wird es zu neuen Protesten im Iran kommen, vor allem im Hinblick auf die Parlamentswahlen im März 2012? Diese Fragen werden mit Bijan Khajepour, Geschäftsführer der Atieh International, Walter Posch, Forscher an der Stiftung Wissenschaft und Guido Steinberg, promovierter Islamwissenschaftler diskutiert.

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum

Armbrustergasse 15, 1190 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,

Chefredakteurin: Mag^a Tina Tauß

Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,

Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung,

Philipp Lindner, Mag. Peter Prantl,

Mag^a Sophia Schönecker, Michael Sifkovits,

Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber

Bildredaktion: Emil Goldberg,

Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia

Bildbearbeitung: Max Stohanzl

Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &

Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: a-Print, Klagenfurt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

Die besten Blogger in Rot

Hannes Swoboda tut es. Gabriele Heinisch-Hosek tut es. Andreas Schieder tut es. Und viele andere auch – sie bloggen! Die interessantesten Blogs unserer Funktionärinnen und Funktionäre sammeln wir unter www.redblogs.at. Außerdem werden die drei aktuellsten Blogbeiträge auf www.spoe.at angezeigt. Dabei reicht die Themenpalette von Beiträgen zur Außenpolitik über Entwicklungshilfe bis hin zur Umwelt-

politik – dieser ist sogar ein eigener SPÖ Umwelt-Blog gewidmet, mit Beiträgen von Petra Bayr, Ulli Sima, Karin Kadenbach u.a.

Eine besondere Hervorhebung verdient sicherlich der sehr professionell geführte Blog unseres S & D Vizepräsidenten Hannes Swoboda, der sehr interessante Einblicke in sein politisches Denken und seine Arbeit gibt. Reinschauen lohnt sich – www.redblogs.at. ♦

www.redblogs.at





Arbeits-Besuch

Verteidigungsminister Norbert Darabos (im Bild mit seinem serbischen Amtskollegen Dragan Šutanovac) weilte zu Arbeitsbesuchen in Serbien und Slowenien. Er nutzte diese Gelegenheit auch, um sich über Sloweniens Erfahrungen mit der Umstellung auf ein Berufs- und Freiwilligenheer auszutauschen.

Dom-Besuch

Am diesjährigen Welttag des Augenlichts wurde das größte Blindenzeichen der Welt am Wiener Stephansdom präsentiert. Auch Gesundheitsminister Alois Stöger (im Bild mit Hannelore Veit, Chris Lohner und Dompfarrer Toni Faber) unterstützt die „Licht für die Welt“-Aktion.



Bibliotheks-Besuch

Den „SeniorInnentreffpunkt Hauptbibliothek“ besuchte Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek gemeinsam mit dem Wiener Stadtrat Christian Oxonitsch. Das Projekt wurde im Rahmen des Verwaltungspreises ausgezeichnet.



Messe-Besuch

Kulturministerin Claudia Schmied hat die Lesefestwochen BUCH WIEN eröffnet. Mit dabei war auch der bekannte deutsch-iranische Schriftsteller Navid Kermani, der seinen neuen Roman „Dein Name“ präsentierte.